A10

Protokoll

Initiator*innen: Campusgrün Bundesvorstand

Titel: **Protokoll der 49. Bundemitgliederversammlung von Campusgrün in Berlin**

Beschlusstext

Das Protokoll der 49. Bundemitgliederversammlung von Campusgrün vom 10.05.24 - 12.05.24 in Berlin wird angenommen.

Dokument [PDF]

Protokoll der 49. BMV vom 10.05. – 12.05.2024 in Berlin

Top 1 Begrüßung

Begrüßung der Anwesenden durch den Vorstand.

Top 2 Formalia

2.1 Feststellung der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Die Deligiertenkonferenz ist mit 8 Hochschulgruppen beschlussfähig

2.2 Wahl der Präsidiums

Gewählt (12/0/0)

2.3 Wahl der Protokollant*innen

Das Präsidium übernimmt die Wahl der Protokollierenden Person.

2.4 Wahl der Zählkommission

Wird erst bei Geheimwahlen fällig, demnach Wahl vertagt, keine Widerrede

2.5 Beschluss der Tagesordnung

Tagesordnung mit (13/0/0) beschlossen

2.6 Protokoll der 48. Bundesmitgliederversammlung

Die Abstimmung des Protokolls wird zum Lesen auf morgen vertagt. Dringlichkeitsanträge können noch bis zum 11.05.24 eingereicht werden. Der Bundesvorstand macht folgenden Verfahrensvorschlag: Da die vorzeitige Versendung nicht erfolgt ist, ist fraglich, ob eine Abstimmung möglich ist. Der Vorschlag lautet, dass es bis Samstag oder Sonntag bereitgestellt wird und zum Ende der Versammlung abgestimmt wird. Keine Gegenrede. Kurze Abklärung der Beschlussfähigkeit.

Top 3 Sonstiges am 10.05.24

Es erfolgt die Aufklärung zu Regeln bzgl. FINTA* Forum und quotierten Redelisten (weich). Außerdem können die Redezeiten vom Präsidium begrenzt werden. Es erfolgt außerdem die Aufklärung über ggf. Änderungsanträge zur Geschäftsordnung. Diese sind mit absoluter Mehrheit möglich, außer Anträge auf geheime Abstimmung und FLINTA* Forum. Den letzteren ist immer stattzugeben.

Theresa Dissen schließt um 17:48 Uhr die Sitzung.

11.05.24: Theresa Dissen eröffnet die Sitzung um 11:04.

Top 4 Aufnahme neuer Landesverbände

Keine Anträge eingegangen.

Top 5 Aufnahme neuer Gruppen

Es gibt einen Dringlichkeitsantrag der Grünen Hochschulgruppe Marburg.

Marco berichtet, dass in Marburg Vorbereitungen zu Hochschulwahlen stattfinden. Eine Campusgrün-Gruppe hat es dort vor 3 Jahren schon gegeben, diese hat sich aber zerstritten. Es gibt jetzt eine neue Liste mit über 20 Personen, die wurde aber vom Wahlausschuss nicht anerkannt, da angeblich keine klare Erkennbarkeit von Unterschieden zu anderen Gruppen vorliege. Der Wahlausschuss der Uni Marburg hat den Bundesvorstand um Unterstützung der Gruppe gebeten. Er gab bereits zwei Gespräche mit Marco zur Aufklärung. Die Personen konnten nicht nach Berlin kommen, haben jedoch einen zweiseitigen Bericht geschrieben, der sich im Antrag befindet. Aufgrund der Kurzfristigkeit und Unbekanntheit der Personen und im Hinblick auf den Hamburg-Fall ist der Bundesvorstand zögerlich. Gestern ist ein Anruf mit einer Person aus Marburg etwas eskaliert mit Vorwürfen, dass der Vorstand die neue Hochschulgruppe nicht wolle.

Es gibt eine Nachfrage von Markus (CG Münster): „Warum liegt hier eine enorme Dringlichkeit vor?“ Marco antwortet darauf, dass der Wahlausschuss dem Bundesvorstand eine Frist von drei Werktagen gesetzt hat. Janna betont, dass Marco sehr ruhig geblieben ist. Die Person hätte dem Vorstand vorgeworfen, im Sinne der alten Hochschulgruppe zu handeln.

Es erfolgt eine weitere Frage, ob noch Kontakt zur anderen Gruppe in Marburg besteht. Darauf wird die Antwort gegeben, dass es keinen Kontakt zur anderen Gruppe gibt, sondern nur zur antragstellenden Gruppe und der Wahlleitung der Uni Marburg.

Es folgt die Frage, ob es helfen würde, zu erklären, dass auch Gruppen grün sind, die nicht bei Campusgrün sind, um Alternativen aufzuzeigen. Darauf gibt der Bundesvorstand die Antwort, dass das bereits getan wurde, aber nochmal betont werden kann.

Janna berichtet hierzu, dass der Bundesvorstand heute Morgen eine Mail bekommen hat, dass der Antrag zurückgezogen wird, doch die Mitglieder sind wohl noch gesprächsoffen im weiteren Verlauf.

Sebi (Campusgrün Münster) meint hierzu nach dem Bericht des Bundesvorstands, die Hochschulgruppe scheine die Situation ja anders darzustellen und sei demnach ggf. mit

Vorsicht zu genießen und der Bundesvorstand solle ggf. der Meinung des Wahlausschusses vertrauen.

Aus dem Plenum kommt die Frage, ob eine Absichtserklärung möglich wäre, um positive Signale zu senden. Hierzu antwortet der Bundesvorstand, dass es fraglich sei, wie die Gruppe politisch steht, deshalb wäre ein Vorweghandeln ggf. zu voreilig. Marco ergänzt, dass der Bundesvorstand die Meinung mitnimmt. Der Bundesvorstand sucht nochmal das Gespräch, da keine grundsätzlich abweisende Haltung vertreten wird und freut sich über neue Initiativen.

Zwischenpunkt: Grußwort von Kate vom fzs (wurde nicht protokolliert)

Top 6 Bericht des Vorstandes

Siehe Folien.

Aus dem Plenum kommt die Frage, warum es ein neues Corporate Design gebe. Marco antwortet darauf, dass die Situation bei der Übergabe suboptimal war und dass der Bundesvorstand das schwarz-gelbe Design unschön fand, genauso wie den Grünton. Deshalb wurde als Neuanfang an einem neuen Design gearbeitet. Theresa entgegnet, dass sie es wesentlich schöner und moderner findet.

Elia lobt die Arbeit und den Neuaufbau des Vorstands, die neue Vernetzungsarbeit und die Anerkennung kontroverser Statements.

Feo ergänzt Niklas Bericht. Dey hat sich v.a. um Bildungsarbeit gekümmert. Beide Personen aus dem Bildungsteam konnten leider nicht kommen, aber dey ist ihnen sehr dankbar. Sie haben gemeinsam ein Programm geplant, aber genauere Infos dazu kommen noch. Feo berichtet außerdem, dass ein Feminismus-Team nicht zustande kam. Es werden außerdem noch Menschen als Koordination für den Landesverband NRW gesucht. Niklas erwähnt noch die Möglichkeiten zur Vernetzung im Landesverband und ergänzt, dass es weniger Arbeit sei als im Bundesvorstand.

Elia fragt, ob es Planung zu inhaltlicher Arbeit gebe. Niklas antwortet, dass noch nichts richtig ausgearbeitet sei, er würde das gerne in kleineren Kreisen besprechen, aber zu einem anderen Zeitpunkt. Menschen können gerne auf Niklas zukommen.

Zwischenpunkt: Grußwort von Roman (Sprecher der JuSo-Hochschulgruppen) und Vorstellung von Laura (Sprecherin des Studierendenrats der Deutschen Studierendenwerke)

Top 7 Finanzen

7.1. Finanzbericht und Bericht der Rechnungsprüfung

Marco berichtet, dass der Vorstand in der zweiten Hälfte 2023 nicht mehr wirklich aktiv war und die organisatorische Geschäftsleitung (festangestellt) ist auch weggefallen und immer noch nicht wieder eingestellt, da sich der neue Bundesvorstand erstmal organisieren musste und keines der Mitglieder in Berlin ist und daher niemand die neue Person hätte einarbeiten können. Es soll aber trotz der Berlin-Schwierigkeit die Ausschreibung erfolgen. Eine Rechnungsprüfung hat auf der letzten BMV nicht stattgefunden.

Nach dem Bericht wird der Raum für Fragen geöffnet.

Aus dem Plenum kommt die Frage, was vom Merchandising-Topf gekauft wurde. Marco antwortet, dass tatsächlich nichts gekauft wurde, aber Ausgaben in diesem Topf geplant waren.

Es folgt die Frage, warum gab es noch keinen Haushaltsbericht 2024 gibt. Darauf antwortet Marco, dass es bisher aufgrund der mangelnden Struktur noch keinen Haushaltsplan gibt. Zudem wird mit der Doppelstruktur mit Campusgrün Bildungswerk e.V. vieles, was an Kosten anfällt, umgeleitet.

Elia fragt, ob der Bundesvorstand ausschließlich von den Grünen finanziert wird und wie die Fristen ans BMBF aussehen. Feo antwortet darauf, dass die Anträge für das laufende Jahr bis Oktober bereits vom alten Vorstand gestellt wurden, und für nächstes Jahr hat der derzeitige Vorstand den Antrag bereits geschrieben und bis auf kleinere Änderungen eingereicht. Niklas ergänzt, dass Campusgrün selbst von den Grünen finanziert wird, über den Verein kommen durch Spenden von Ehemaligen aber auch noch kleinere Beträge dazu.

Es erfolgt die Frage, weshalb die Rückerstattung unserer Kosten so schwierig ist, wenn die Grünen einen Posten für Campusgrün in ihrem Haushalt haben. Marco antwortet, dass durch die Diskontinuität und Unbekanntheit des neuen Vorstands die Abrechnungen sehr unübersichtlich und nicht ausreichend dokumentiert waren. Zudem ist das Finanzdepartment der Grünen auch unterbesetzt. Einen eigenen Finanzposten für Campusgrün gibt es nicht.

Aus dem Plenum kommt die Frage, ob es möglich wäre, einen eigenen Posten zu bekommen, um Konkurrenz zu vermeiden. Darauf antwortet Marco, dass es ursprünglich Verhandlungen zwischen den Schatzmeister*innen der Partei und Campusgrün zum Haushalt gab, doch da niemand in Berlin wohnt und der Vorstand von Campusgrün bei den Grünen lange nicht bekannt war, ist die Kommunikation schwierig. Niklas ergänzt, dass es eigentlich üblich ist, dass der Haushalt auf Herbst BMV erst besprochen wird. Da

Campusgrün keine offizielle Parteistruktur ist, wird es immer etwas komplizierter sein, die Finanzen des Verbandes zu regeln.

Es erfolgt die Frage, ob es Bestrebungen gibt, das Bildungswerk in den Verband zu integrieren und ob zweckgebundene Spenden auch über die Partei möglich wären. Hierauf antwortet der Bundesvorstand, dass Spenden möglich sind und auch getätigt werden, allerdings nicht genauso viel ausmachen, wie die Zuwendungen aus der Partei. Feo erklärt außerdem, dass durch den Eintrag im Vereinsregister Lobbyarbeit möglich ist. Außerdem können wir darüber Förderungen vom BMBF für unsere Bildungsarbeit bekommen. Niklas ergänzt hierzu, dass wir strukturell beachten müssen, dass Campusgrün keine offizielle Parteistruktur ist und dadurch finanzielle Zuwendungen in Form von Parteispenden juristisch kompliziert seien. Es gab hierzu auch schon einen Austausch mit der Grünen Jugend, formell ist das Fortbestehen der Vereinsstruktur allerdings notwendig.

Marco legt den Buchungsbericht für die ersten drei Monate 2024, der außerdem bereits an die Partei geschickt wurde. Zu diesem gibt es keine Widerrede.

7.2. entfällt

7.3 Haushalt

Marco berichtet, dass der Haushalt auf der letzten BMV beschlossen wurde, es liegen durch die Neustrukturierung keine Änderungen vor. Dies liegt auch daran, dass die Abrechnungen mit den Alt-Grünen erst im Nachhinein stattfinden. Viele alte Abrechnungen sich zudem noch unbeglichen, aber der Kontakt mit der zuständigen Person bei den Grünen wurde letzte Woche aufgenommen und es soll erledigt werden. Insgesamt sind Fahrtkostenübernahmen immer ein Punkt, doch durch die relativ geringe Teilnahme der Gruppen sind die Kosten für diese BMV kein Problem.

Top 8 Wahl von zwei Rechnungsprüfer*innen

Marko: Auf der online BMV wurden bereits Personen gewählt. Die Rechnungsprüfer sind aktuell Maximilian Gravendyk aus Bochum und Marko Schenk aus Bonn.

Elia fragt, ob die Personalinformationen auf der Website etc. geupdatet werden. Niklas antwortet, dass er sich über Pfingsten um die Website kümmern und die Website so weit wie möglich ergänzen wird.

Theresa ruft alle Mitgliedsgruppen dazu auf, Informationen bereitzustellen.

Feo stellt einen GO-Antrag auf neuen TO Punkt „Diskussionsrunde zu Statement der JSUD, JUSO HSG, RCDS und LHG“ Elia stellt einen GO-Antrag auf Ausschluss der

Öffentlichkeit. Janna schlägt vor, den TOP nach der Mittagspause zu besprechen. Hierzu gibt es keine Gegenrede.

Das Präsidium und die Delegierten bedanken sich für Arbeit des Vorstands.

15 Minuten Kaffeepause.

Top 9 Leitantrag

A1 wurde auf Antragsgrün bereitgestellt

Es gibt einen Änderungsantrag (Ä1) von Theresa Dissen. Sie kommentiert, dass nur Russland in Ukraine geändert werden soll. Alles andere war ein Versehen. Der Bundesvorstand sieht dies als redaktionelle Änderung und übernimmt die Änderung.

Es liegt ein zweiter Änderungsantrag (Ä2) von Campusgrün Köln vor: Der BSW soll bei den Stimmen gegen das Selbstbestimmungsgesetz ergänzt werden, da der BSW ebenfalls keine progressive Partei sei. Auch dieser Änderungsantrag wird übernommen.

Es gibt eine redaktionelle Änderung zu Zeile 15. Hier wird ein Vergleich zu Rostock und Solingen in den 90er Jahren gezogen. Es wird in Frage gestellt, ob dieser Vergleich gerechtfertigt ist. Janna sieht Punkt, dass Leiderfahrungen nicht miteinander verglichen werden sollten, allerdings sei das nicht der Punkt des Satzes, sondern soll lediglich die Evidenz darstellen, dass es schonmal vorgekommen ist. Esther schlägt als Kompromiss die Formulierung vor, dass die aktuellen Vorkommnisse an die Anschläge in den 90er erinnern. Sebi hat einen ähnlichen Vorschlag.

Feo bittet um einen Änderungsantrag, der dann in den Antrag eingepflegt werden kann, da dieser gerne vom Bundesvorstand übernommen wird.

Elia bittet um Einschätzung von ostdeutschen Verbänden bzgl. der anstehenden Landtagswahlen und der Erwartbarkeit rechter Erfolge. Sie möchte wissen, ob hierzu ebenfalls ein Absatz in den Leitantrag eingepflegt werden sollte, oder ob der Fokus auf Europa bleiben sollte. Niklas verweist auf die LMV in Brandenburg. Dort ist auch in Bezug auf die Kommunalwahlen ein entsprechender Antrag geplant. Er glaubt, dass auf der LMV eine ostdeutsche Perspektive besser möglich ist, als auf dieser tendenziell westdeutsch geprägten BMV.

Es folgt der zuvor besprochene Änderungsantrag (Ä4) von CG Flensburg: "an das Leid von rechtsextremen Angriffen in Rostock und Solingen in den 90er Jahren erinnert"; dieser wird vom Bundesvorstand übernommen.

Es erfolgt die Abstimmung über den Leitantrag samt aller Änderungsanträge.

Der Antrag wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Enthaltungen und 0 Nein-Stimmen einstimmig angenommen.

Top 10 Anträge

10.1. A2 Soziale Bedingungen für Auslandsaufenthalte

Bisher liegen keine Änderungsanträge vor.

Sebi bittet um die Begründung des Antrags durch den Bundesvorstand.

Valentin bittet um die allgemeine Vorstellung der Anträge.

Feo stellt den Antrag vor:

Der Hintergrundgedanke des Antrags war, auf die unterschiedlichen sozialen Hintergründe von Studierenden aufmerksam zu machen. Insbesondere in Sprachen-Studiengängen sind Auslandsaufenthalte oft verpflichtend und es mangelt an Finanzierungsmöglichkeiten und oft auch an Zugang zu Informationen. Der Bundesvorstand findet das Thema im Hinblick auf die EU-Wahl wichtig und will durch die BMV die Vorstandsarbeit dazu weiter ausbauen. Eine Erasmus-Förderung sei zwar möglich, jedoch nicht ausreichend und es bedürfe dringend weiterem Ausbau von Förderungen.

Die Diskussion des Antrags wird eröffnet.

Aus dem Plenum kommt die Frage, ob es im Antrag lediglich um das Schaffen einer Verbandsrichtlinie geht, oder ob auch andere adressiert werden können. Feo antwortet hierzu, dass die Anträge auf der Website und auf Social Media veröffentlicht werden. Hieran schließt sich die Frage an, ob die Anträge auch konkret versendet würden. Feo erklärt, dies sei so nicht vorgesehen. Theresa spricht sich für eine Versendung der Anträge aus. Valentin fragt, ob Pressemitteilungen zu den Anträgen möglich seien. Feo sagt, dies sei möglich, allerdings auch ein Mehraufwand für den Vorstand. Sebi schlägt vor, dass die Anträge primär internen Zwecken dienen sollen, aber es möglich sein kann, diese anders formuliert zu veröffentlichen. Janna ergänzt, dass die Anträge und der Einsatz für die Umsetzung dieser nicht nur für die Bundesebene, sondern auch für die einzelnen Gruppen wichtig sind. Das Veröffentlichen von Pressemitteilungen sei aber auch möglich. Theresa fragt, wie es mit dem Rahmen nach der BMV, insbesondere im Hinblick auf andere Gruppen, aussieht. Janna erklärt hierzu, dass das weitere Vorgehen vom Bundesvorstand noch nicht konkretisiert wurde.

Es gibt keine weiteren Änderungen.

Es folgt die Abstimmung des Antrags. Dieser wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Enthaltungen und 0 Nein-Stimmen einstimmig angenommen.

5 Minuten Pause

10.2. A3 Awareness-Konzept

Feo stellt den Antrag vor. Der Vorstand hat sich mit Awareness beschäftigt und mit anderen Strukturen zu diesem Thema ausgetauscht. Der Bundesverband hat bisher kein bestehendes Awareness-Konzept und sah daher die Ausarbeitung für künftige Veranstaltungen als notwendig an, da er eine angenehme Atmosphäre ermöglichen möchte.

Madita fragt, was genau bzgl. Ahndung und Kommission passieren soll, um Ungenauigkeiten in der konkreten Situation zu vermeiden, da der Spielraum ihr sehr ungenau und weit vorkommt. Feo antwortet hierauf, dass der Hintergedanke der Kommission eine Veranstaltung war, bei der es einen Awareness-Fall gab. Die Kommission soll der Befangenheit der Akteur*innen vorbeugen. Die Ahndung soll im Ermessen der betroffenen Person liegen. Der Ausschluss der Person, die den Awareness-Fall verursacht hat, soll möglich sein. Der Verband selbst kann hier keine rechtlichen Schritte einleiten, sondern nur die betroffenen Personen unterstützen. Madita erwidert darauf, dass der Punkt mit den rechtlichen Kompetenzen valide ist. Sie bittet um eine Konkretisierung der Zusammenstellung der Kommission. Des Weiteren kommt die Frage auf, wie die Kompaktschulungen aussehen sollen. Feo erläutert hierzu, dass sich bereits vor der BMV ein Team finden sollte und dann an einer Schulung von Dritten spezialisierten Gruppen teilnehmen sollte. Idealerweise soll diese Schulung vor der BMV stattfinden, ansonsten so bald wie möglich zu Beginn der BMV. Lukas hat einen redaktionellen Änderungsantrag, dass es Bundesvorstand statt Bundesverband heißen sollte. Dieser wird vom Bundesvorstand übernommen. Er möchte außerdem wissen, wo die Ahnungskompetenz während der Sitzung liegt. Feo erklärt, dass die Ahndungskompetenz während der Sitzung bei der Sitzungsleitung liegt und bittet darum, bei Änderungswünschen einen Änderungsantrag einzureichen. Myra fragt, warum Gäst*innen gegendert und nicht der neutrale Ausdruck Gäste genommen wird. Darauf folgt eine Diskussion ums Gendern. Elia und Theresa sprechen sich aus historischen und persönlichen Gründen für das Gendern aus. Janna schlägt eine Abstimmung darüber vor, welche Variante verwendet werden soll. Myra zieht den Vergleich zu Studierenden und Studentin und Student im Singular vs. Plural. Esther erwidert daraufhin, dass Studierende Passiv ist und Gäste ein tendenziell maskulin konnotiertes Wort ist. Gastierende wäre die Passiv-Form und mit Studierende vergleichbar.

Maike bittet um die Neutralität des Präsidiums.

Myra wirft ein, es sei Einstellungssache, ob Gast als neutral oder männlich konnotiert gelesen wird. Sebi erwidert, dass die Einstellungssache wie z.B. bei „Beamte“ nicht unbedingt durchschlagend sei und es beim Gendern um die Sichtbarmachung der weiblichen Form ginge. Feo verweist auf das Gendern im Leitantrag und spricht sich gegen das Nicht-Gendern des Antrags aus. Es wird im Duden nachgeschaut und es findet sich die weibliche Form.

Es folgt ein GO-Antrag auf geheime Abstimmung über diesen Änderungsantrag. Herzu muss zunächst eine Zählkommission ernannt werden.

5 Minuten Pause zur Abstimmungsvorbereitung.

Laura und Sebi werden zur Zählkommission ernannt.

Es erfolgt die Abstimmung über den Änderungsantrag.

Der Änderungsantrag wird mit 5 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

10.2.1 Ä1 von CG Köln war nur redaktionell und wird übernommen.

10.2.2 Ä2 von Maike von der GHG Aachen: Elia bittet um vorherige Besprechung, alle dazugehörigen Anträge werden auf nach der Mittagspause vertagt.

10.2.3 Ä8 Madita und Lukas: Konkretisierung der Zusammensetzung der Kommission, um Befangenheit zu verringern. Bittet um Delegierung auf Vorstand oder Arbeitsgruppe. Feo will das im Antrag noch unkonkret lassen und erst im Nachgang ausarbeiten. Dey schlägt vor, dass der Antrag auf der nächsten BMV dann rückwirkend beschlossen wird. Madita stimmt zu. Der Antrag wird übernommen, wie er ist, mit der Handlungsanweisung zur Änderung bis spätestens zur nächsten BMV.

9.2.4 Ä3 Myra von CG Flensburg (s.o.)

9.2.5 Ä4 wurde zurückgezogen

9.2.6 Ä5 CG Köln

9.2.7 Ä6 wurde zurückgezogen.

9.2.8 Ä7 wurde zurückgezogen.

9.2.9 Ä9 CG Aachen und Köln: Dieser entstand aus den getrennten Anträgen von Köln und Aachen, nachdem diese sich besprochen hatten. Hierbei geht es um Konkretisierungen der Anforderungen des Awareness-Raums und darum, den Begriff der "geschädigten Person" wegen der negativen Konnotation zu vermeiden. Zudem soll die Informationsweitergabe im Vorsitz, der Kommission und der Sitzungsleitung allein bei der betroffenen Person liegen.

Sebi hat hierzu eine Anmerkung zu einer Dopplung bei Awareness-Raum. Esther ergänzt, dass die Konkretisierungen demnach bis zur nächsten BMV ausgearbeitet werden sollen. Lennard fragt nach, wie das weitere Vorgehen nun sein soll. Esther erklärt, dass sie die bisherigen Ausarbeitungen gut findet, aber gerne offen für weitere Vorschläge sei. Lennard denkt, die bisherige Auseinandersetzung sei ausreichend.

Der Bundesvorstand übernimmt den Änderungsantrag.

Es folgt die Abstimmung über das Awareness-Konzept.

Das Awareness-Konzept ist mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1Enthaltung einmütig angenommen.

Der Top 11 wird vorgezogen.

Top 11 Diskussionsrunde zum Statement von JSUD, JUSO HSG, RCDS, LHG und CG

Janna leitet die Diskussion ein, indem sie kurz erklärt, dass es hier um ein Statement des Bundesvorstandes vom 25. März geht, bei dem es eine gemeinsame PM mit der JSUD und anderen hochschulpolitischen Verbänden gab. Elia bittet darum, dass das Statement angeworfen wird. Dem wird nachgekommen. Janna führt weiter aus, dass es im Nachhinein Kritik gab, dass die gemeinsame Pressemitteilung vorab nicht ausreichend abgesprochen wurde. Keine Rechtfertigung, aber eine Erklärung sei, dass es zu wenig Zeit gab, um sich vorab großartig zu besprechen und andere Personen einzubeziehen. Insbesondere wird Kritik an dem Absatz geübt, in dem es um die Ausgestaltung des Ordnungsrechts und der Möglichkeit der Exmatrikulation im Hochschulgesetz von Berlin geht. Es wurde im Bundesvorstand davon ausgegangen, dass ein Vorgehen wie in NRW ausgeübt wird. Konkret bedeutet dies die Einberufung eines Ordnungsausschusses, der eine Exmatrikulation nur im äußersten Grenzfall als Maßnahme anwendet. Der fzs wurde im Statement nicht angefragt, obwohl es eine große Nähe zur JSUD gibt. Das wurde leider nicht weiter hinterfragt.

Es gab auch danach Bestrebungen eine "Klarstellung" zu veröffentlichen, welche nochmal genau auf die Details und Hintergründe eingeht (z.B. dass es nicht darum geht/ging, aus politischen Motiven Personen zu exmatrikulieren). Andere Perspektiven zu dem Thema wurden vom Vorstand wahrgenommen. Aber die Klarstellung hat sich sehr lange hinzugezogen, durch z.B. Absprachen mit der JuSo HSG. Es war zu viel Zeit vergangen, sodass das Statement doch nicht mehr veröffentlicht wurde. In der Zwischenzeit wurde auch der Kontakt zu den Campusgrün Berlin gesucht, um sich zu entschuldigen. Das Thema kam nun am Donnerstag durch den Antrag von Campusgrün

Köln erneut auf. Der Vorstand hofft, dass es so nicht mehr vorkommen wird und entschuldigt sich dafür. Es gilt ein Kontaktangebot vom Vorstand.

Esther bedankt sich für die Erklärung und wünscht sich für die Diskussion, dass auf den Umgangston geachtet wird. Campusgrün Köln habe den Antrag gestellt, um das Thema nochmal zu besprechen. In der Kritik geht es um die Pressemittelung und die Formulierungen, die darin gewählt wurden. Sie erläutert, dass sie mitbekommen habe, dass in Berlin die Exmatrikulation nur bei gewalttätigen Studierenden möglich sein solle. Das gehe leider aus dem Statement nicht hervor. Daher finde sie es unglücklich formuliert und würde sich wünschen, dass der Punkt nochmal klargestellt wird. Sebi kritisiert, dass der Extremismusbegriff des Verfassungsschutzes übernommen wurde, da es eine politische Behörde ist (z.B. HG Maaßen). Das könne so nicht stehen gelassen werden. Elia erklärt auch, dass der Straftatbestand rechtskräftig bestätigt sein müsse. So wie es da steht (nur in Hand der Hochschulleitung) gäbe es keine rechtliche Handhabe mehr. Das war eine Befürchtung von vielen, dass die Hochschulleitung die ultimative Handhabe hat, ohne den Rechtsweg. Außerdem wird kritisiert, dass der Bundesvorstand eine Pressemitteilung gemeinsam mit dem RCDS geschrieben hat, da dieser vielerorts rechtsextrem sei. Lars sagt, er könne sich inhaltlich allen anschließen und erläutert die Position von Campusgrün Berlin: Das Problem mit den knappen Fristen würden sie kennen, sie hätten dann immer nach einer längeren Frist gefragt, um sich absprechen zu können. Campusgrün Berlin hat eine eigene, unserer PM entgegengesetzte Pressemitteilung veröffentlicht. Die PM von der JSUD musste nach Auffassung von Campusgrün Berlin so gelesen werden, dass der Bundesvorstand von Campusgrün die Gesetzesinitiative in Berlin unterstützt und Campusgrün Berlin hat in vielen Details Probleme im Gesetzentwurf gesehen, die weit über das hinausgehen, was vor Abschaffung des Ordnungsrechts früher im Gesetz stand. Hier handele es sich nicht um eine Wiedereinführung, sondern um eine Verschärfung des Ordnungsrechts. Das Gesetz ist so schlecht, dass es grundsätzlich abgelehnt werden muss. Campusgrün Berlin hält die Exmatrikulation nicht für sinnvoll, sondern ein verschärftes Hausrecht. Lars stünde im persönlichen Kontakt mit Shapira. Damals wurden ihm 3 Monate Hausverbot ausgesprochen (damals Maximum). Es wäre ursprünglich am 08. Mai abgelaufen und ihm wurde erst am 08.05. mitgeteilt, dass es verlängert wird. Im Gespräch mit einem Hochschulrechtler hätte er erfahren, dass seit den 80er Jahren nur zwei erfolgreiche Exmatrikulation durchgesetzt wurden. Hierbei handelte es sich um Rechtsextremisten. Bei Shapira müsse nun über Monate (Jahre?) ein Prozess geführt werden, bis die Maßnahme tatsächlich durchgeführt würde, können Jahre ins Land gehen. Da stelle sich die Frage des Sinns.

Lukas erklärt, dass er nicht wisse, ob es Sinn macht, jetzt noch eine Stellungnahme zu veröffentlichen, mit dem Inhalt hätte er bis auf den Extremismusbegriff kein Problem. Josie ergänzt Lars, dass Opferschutz an der Uni nicht wirklich gegeben sei (1 Tag vorher Bescheid wissen, ob "Täter" wieder in der Vorlesung sitzt). Das Verfahren würde sich lange

hinziehen und in der Zeit lebe das "Opfer" in Angst. Niklas erklärt, wir hätten uns später noch mit Berlin abgesprochen, weil es um Berlin ging. Als das Statement in Abstimmung war, gab es Diskussionen um die Auslegung des Gewaltbegriffes. Bei der Sitzung des BAG WHT wurde auch viel und kontrovers über Stunden diskutiert. Am Ende wurde eine Lösung gefunden, mit der die meisten leben konnten. Sebi meint, es lohne sich, in das HG Berlin zu sehen. Verurteilung ist nicht der einzige Auslöser für Exmatrikulation. Auch Strafhandlungen in den Universitätsgebäuden (bspw. Sticker in Toilette kleben) seien Auslöser für Exmatrikulationen. Er sehe keinen Sinn in der Einführung des Ordnungsrechts. Madita erklärt, dass in NRW nur der Ausschuss dafür zuständig ist, Entscheidungen zu treffen und das Rektorat keine Rolle spiele. Sie möchte wissen, wie das in Berlin geregelt ist, da es ein Instrument benötigt, um Gewalttaten gegen Komiliton*innen zu ahnden. Lars antwortet, dass es in Berlin ein formelles Verwaltungsverfahren gebe. Ein Ordnungsausschuss würde vom Präsidium eingesetzt werden und es müsste mindestens eine Person von den Studierenden in diesem Ausschuss vertreten sein. Hierbei handelt es sich nicht um eine verhältnismäßige Repräsentation. Der Ausschuss arbeitet geheim. Das findet Campusgrün Berlin schwierig. Die entscheidenden Punkte sind aber, wann das Ordnungsrechts angewandt werden kann. Z.B. bei einer Sitzblockade, oder wenn der Laptop gestohlen würde, oder im Fall von "illegalen Handlungen in Hochschul-Einrichtungen" (Musik-Downloads über Eduroam). Es ist ein Gummiparagraph. Madita stimmt Lars zu, dass der Paragraf sehr schwammig sei, sie sehe aber auch die Notwendigkeit der Geheimhaltung, um Persönlichkeitsrechte zu bewahren. Niklas stellt das Statement der BAG WHT vor. Sebi lobt das Statement. Elia bittet darum, dass der BuVo zu einem Diskussionsforum außerhalb der BMV einlädt, wo drüber gesprochen (und abgestimmt) wird, fragt sich aber, ob dies mit der Einladung von mehr Gruppen und mehr Basisbeteiligung sinnvoll wäre und wie der Bundesvorstand sich Gedanken machen möchte, wie er zukünftig mit solchen Situationen zu Pressemitteilungen umgehen möchte. Falk erwidert dazu, dass er den Eindruck hatte, der Bundesvorstand hätte sehr reflektiert gehandelt. Esther erklärt, dass sie sieht, dass der Bundesvorstand sehr reflektiert handelt, sie würde sich aber trotzdem wünschen, dass ein Raum geschaffen wird, um z.B. ein Gegenstatement zu erarbeiten. Niklas erklärt, dass der Bundesvorstand viel mit Berlin im Gespräch war und mitnimmt, dass vorher Rücksprache mit den Gruppen in den Ländern und Städten gehalten werden sollte, die betroffen sind. Der Bundesvorstand plant gemeinsam mit Berlin ein Statement für das Änderungsgesetz. Niklas findet es generell schwierig, weil es themenabhängig ist. Was der Bundesvorstand auch mitgenommen hat, ist, dass es der erste Kontakt zur JSUD war und uns Antisemitismus vorgeworfen wurde, da wir zum 07. Oktober nichts gepostet hatten. Der Bundesvorstand hat bspw. beim Post zum Angriff des Irans mehr Zeit und Absprache gefordert und das hat gut funktioniert. Nun ist der Bundesvorstand auch besser vernetzt für solche Absprachen und Austausche. Der Bundesvorstand würde in Zukunft mehr drauf achten. Janna ergänzt, dass sie es nicht für realistisch hält, alle Anfragen mit allen Mitgliedsgruppen abzusprechen. Deswegen würde der

Bundesvorstand so gut wie es geht versuchen, sich mit den Gruppen zu besprechen, die es lokal betrifft. Ansonsten kann man dem Bundesvorstand aber auch Bescheid geben und im Zweifelsfall auch divergierende Positionen innerhalb des Verbands darstellen. Durch die Wahl hat der Bundesvorstand im gewissen Maße auch ein Mandat, aber es ist auch drauf zu achten, dass Campusgrün ein sehr heterogener Verband mit sehr unterschiedlichen Gruppen ist. Lukas ergänzt, dass der BuVo gewählt wurde und damit die Verantwortung hat. Es könne nicht zwischen der Meinung des Verbandes und der Meinung des Vorstands getrennt werden. Er würde es auch in Hand des Bundesvorstandes lassen. Esther zeigt Verständnis, meint aber auch, dass sie darauf hofft, dass wir uns zumindest darauf einigen können, dass zu sehr kontroversen Themen oder Gruppen Absprachen getroffen werden. Elia erklärt, dass sie nicht sagen wollte, dass jede Entscheidung von allen Mitgliedsgruppen basisdemokratisch unterstützt werden muss. Grundsätzlich hätte der Bundesvorstand gut dargelegt, was er vorhat. Janna fragt, ob nun noch ein Statement veröffentlicht werden soll. Sebi meint, dass ein gemeinsames Statement am besten veröffentlicht werden sollte, wenn das Änderungsgesetz beschlossen wird, damit es nach außen nicht so wirkt, als sei der Verband zerstritten. Niklas erklärt, dass es auch wenig Kapazitäten gab und es jetzt klüger sei, sich auf das Gesetz zu beziehen, als auf das Statement. Esther zeigt Verständnis. Lars erklärt, dass die Ausschuss-Anhörung zur Gesetzesänderung des Hochschulgesetzes schon stattgefunden hätte, es gäbe aber noch keinen genauen Zeitplan. Die CDU setze sich immer noch dafür ein, dass nicht die Ausschüsse, sondern die Präsidien selbst sich für die Ausschließungen einsetzten.

Top 12 Grundsatzprogramm

Feo erläutert, dass es ein Grundsatzprogramm aus dem Jahr 2020 gibt, das allerdings veraltet sei. Die Situation mit der Corona-Pandemie habe sich geändert. Jetzt gebe es andere Probleme wie z.B. immer noch den Rechtsruck. Der Bundesvorstand hätte die Abschnitte zu Antifaschismus und Feminismus stark überarbeitet. Es gab einige Rechtschreibfehler, die ebenfalls überarbeitet wurden. Es werden auch zukünftig weitere Überarbeitungen folgen müssen, um das Zeitgeschehen darzustellen. Sebi erklärt, dass Campusgrün Münster auf der Anreise einen Änderungsantrag erarbeitet hätte, bei dem es vor allem um die aktuelle Lage und auch um die Verhinderung repressiver Hochschulgesetze ginge. Feo sagt, dass der Änderungsantrag übernommen wird. Madita würde wegen Bayern gerne auch die CSU ergänzen, was Feo übernimmt.

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt und einstimmig angenommen.

Es wird kurz erneut der Punkt mit dem Gendern von mittags aufgemacht, allerdings wird die Diskussion unterbrochen, da dieses Thema schon mittags umfangreich debattiert wurde.

Top 13 Sonstiges am 11.05.24

Feo erläutert das Abendprogramm. Geplant ist gemeinsames Kochen und dann gemeinsames ESC-Schauen. Außerdem kommt noch eine Person vom fzs für einen Austausch zur Europawahl.

Elia fragt, ob die Vernetzung Gender noch geplant ist, da die nicht im Antragsgrün steht. Feo antwortet, dass es sich hierbei um Rahmenprogramm handelt und es deshalb nicht im Antragsgrün steht, aber stattfinden wird.

Sitzung um 17:00 für den Tag beendet.

12.05.2024

Theresa Dissen eröffnet die Sitzung um 11:42 Uhr.

Top 14 Protokoll der 48. BMV

Das Protokoll wurde nachgereicht und es findet eine Abstimmung statt, um das Protokoll zu bestätigen. Das Protokoll wird mit 13 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung und 0 Nein-Stimmen einmütig bestätigt.

Top 15 Wahlen

15.1 Wahl des Bundesvorstands

15.1.1 Wahl des geschäftführenden Bundesvorstands

15.1.1.1 Sprecher*in (quotiert)

15.1.1.2 Sprecher*in (offen)

15.1.1.3 Politische*r Geschäftsführung

15.1.1.4 Schatzmeister*in

Der Bundesvorstand erklärt, dass wir den Anwesenden die Möglichkeit geben möchten, für ein Amt zu kandidieren. Niemand möchte für ein Amt kandidieren.

15.1.2 Wahl der Beisitzer*innen

Der Bundesvorstand erläutert, dass es neben dem geschäftsführenden Vorstand auch möglich ist, in den Beisitz zu gehen, wenn man Lust auf inhaltliche Arbeit hat, ohne so viel Zeit investieren oder viel Verantwortung übernehmen zu müssen. Arbeitsbereiche sind zum Beispiel Öffentlichkeitsarbeit, Kampagnenplanung und individuelle Projekte. Aus dem Plenum kommt die Frage, ob man im Bundesvorstand öfter nach Berlin muss. Feo erklärt, dass die Vorstandstreffen eigentlich über Zoom stattfinden, dass es aber natürlich schön wäre, jemanden dabei zu haben, der öfter nach Berlin kommt oder in Berlin ist. Marco ergänzt, dass die Beisitztätigkeit nicht nur inhaltlich, sondern auch im Bereich der organisatorischen Geschäftsführung und Auseinandersetzung mit der Doppelstruktur liege. Es wird gefragt, wie das Stimmrecht des Beisitzes ausgestaltet ist. Feo antwortet, dass man als Beisitz auf jeden Fall Stimmrecht hat, dass der Bundesvorstand aber auch allgemein Entscheidungen im Konsens trifft.

5 Minuten Pause für die Anwesenden zum Überlegen.

Markus, Elia, Maike, Madita und Jonas haben Interesse am Beisitz und stellen sich vor.

Markus kommt aus Münster, ist Vorstand von CG Münster und des SchwuBi-Refarats. Markus hat noch keine genaue Vorstellung, was genau Markus machen möchte, aber kennt sich gut mit Social Media aus, weil Markus schon mal Öffentlichkeitsreferent*in im AStA war. Markus kann sich aber auch stumpfere Orga-Aufgaben und Arbeit im Bereich Queerfeminismus vorstellen. Markus wird gefragt, was das Lieblingstier sei. Markus sagt, das sei der Pfau. Ein Pfau ist laut und sieht schön aus.

Elia kommt aus Köln, ist letztes Jahr im AStA Politikreferent*in gewesen und sitzt im Ausschuss Intersektionaler Feminismus. They setzt sich als PoC viel für intersektionalen Feminismus ein und freut sich, den Vorstand mit their Perspektive zu unterstützen. Elia hat Lust auf inter- und intraorganisatorische Vernetzung und findet die Diskussionsatmosphäre gut. Internationale Vernetzung und Solidarität sind auch Herzensprojekte von Elia. Elia wird gefragt, wie das CG-Maskottchen heißen sollte und meint, dass Otto der Otter ein toller Name sei. Maike spricht sich dafür aus. Esther befürwortet eine PoC Perspektive im Vorstand.

Maike kommt aus Aachen, ist im StuPa und im Sportausschuss tätig und würde sich im CG-Vorstand gerne in offizielle Positionen einarbeiten. Sie möchte sich gerne für die interne Vernetzung einsetzen. Auch Maike wird gefragt, wie sie den Otter nennen würde

und spricht sich ebenfalls für Otto aus. Außerdem wird sie gefragt, wie oft sie in der Mensa Pommes isst und antwortet, dass das variiert. Auf die Frage nach ihrem Herzensthema antwortet sie, dass sie sich sehr für Rohstoffversorgung interessiert, was auch ein Schwerpunkt in ihrem Studium ist.

Madita ist 22 und studiert im 8. Semester Jura in Bonn. Sie war schon mal AStA Vorsitzende und Öffentlichkeitsreferentin. Durch ihre juristische Perspektive möchte sie ein Auge auf neue Gesetze bzgl. Hochschulpolitik haben. Zudem könne sie sich auch gerne für Social Media einsetzen. Sie habe durch die Arbeit und das Repetitorium begrenzte zeitliche Kapazitäten, aber 1-2 Std/Woche wären drin. Elia und Lennard sprechen sich für eine juristische Perspektive in linken Spektren aus.

Jonas aus Würzburg hat bereits Erfahrungen in politischer Organisation aus Würzburg und hat ggf. auch Interesse an der Stelle des Organisatorischen Geschäftsführers, er möchte sich aber erst als Beisitzer bewerben und sich einarbeiten. Er kann sich zudem vorstellen, die Vernetzung mit den süddeutschen Landesverbänden zu übernehmen.

Aus dem Plenum kommt die Frage an alle, ob es Expertise zu anderen großen Themen außer Queerfeminismus gebe. Feo erklärt, dass viel Wissen auch durch die Arbeit im Bundesvorstand und die Bündnispartner*innen käme. Janna ergänzt, dass Antifaschismus im Unikontext auch viel vorkäme, insbesondere im Hinblick auf Burschenschaften und Demonstrationen. Dort gebe es auch Vernetzung mit anderen Studierendenverbänden.

Es wird außerdem gefragt, ob es Menschen gibt, die sich mit der Umsetzung des Antrags bezüglich Auslandssemestern beschäftigen werden. Maike sagt, dass sie sich vorstellen kann, dazu zu arbeiten, da sie selbst auch ein Auslandssemester machen wird und dadurch Kontakte in dem Bereich hat.

Es gibt eine weitere Frage an alle, ob es möglich sei, mehr Menschen in den Verband zu bekommen, die nicht aus NRW sind. Außerdem wird sich nach der Arbeit zum Deutschlandsemesterticket erkundigt. Feo antwortet hierzu, dass der Vorstand die Dominanz von NRW-Gruppen wahrnehme und versuche, das zu ändern. Das Semesterticket war wegen der Wahlen und wegen der Bafög-Novellierung etwas zurückgestellt, aber es werde sich auch damit auseinandergesetzt.

Elia weist darauf hin, dass der Ort der BMV eine große Rolle spielen und neue Leute empowern könne, beispielsweise Karlsruhe als Verbandsgründungsort.

Die Gruppe der FU entschuldigt sich für die geringeren Kapazitäten der CG FU Gruppe, sagt aber auch, sie freuen sich über Jonas als in Berlin Studierender und freuen sich über die Einbindung der Hochschulgruppe mit der Vorstandsarbeit.

Bevor es zur Abstimmung kommt, wird Myra als Zählkommissarin nachernannt.

Zunächst erfolgt die Wahl der quotierten Plätze.

Auf Maike entfallen 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.

Auf Elia entfallen 11 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen.

Auf Markus entfallen 12 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimmen und keine Enthaltung.

Darauf folgt die Wahl der offenen Plätze.

Auf Jonas entfallen 9 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.

Auf Madita entfallen 12 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimmen und keine Enthaltungen.

Damit sind alle Kandidierenden gewählt. Alle Kandidierenden nehmen die Wahl an.

15.1.3 Wahl der*des Datenschutzbeauftragten

Marco erklärt, dass es sich hierbei eigentlich nur um ein satzungsformelles Amt handele, es wäre aber schön, wenn er das Amt nicht mehr in Personalunion mit dem Bundesvorstand führen müsste. Der Datenschutzbeauftragte sei eine Ansprechperson mit Kontrollfunktion in Datenschutzangelegenheiten.

Valentin fragt, was genau der Aufgabenbereich wäre und wie hoch der Zeitaufwand sei und fragt nach dem Vorgehen, falls es mal einen Datenschutzfall gebe. Marco antwortet, dass die Person nie persönlich verantwortlich sei und sowas immer passieren könne. Im Zweifelsfall würde dann zusammen an Lösungen gearbeitet werden. Falk meint, dass die Person dann z.B. auch bei Fotos auf Veranstaltungen für den Datenschutz zuständig wäre. Lennard fragt, wie die Verantwortung der Person aussehen würde. Marco sagt dazu, dass in der Satzung nur die Kontrollfunktion stünde. Die Verantwortung liege beim Bundesvorstand. Laut den Erfahrungen von Soenke und Marco ist damit die Verantwortung, die der Datenschutzbeauftragte hat, sehr minimal.

Lennard erklärt seine Kandidatur und stellt sich vor. Er sei 19, studiere Jura an der Uni Münster und sei im Finanzreferat des AStA. Er hätte viel Erfahrung im Ehrenamt und kenne sich gut mit Genauigkeiten und Gesetzestexten aus.

Falk schlägt eine offene Abstimmung vor. Valentin schlägt eine Überarbeitung der Satzung insbesondere bzgl. der Wahlen vor. Es gibt keine Widerrede oder Rückfragen.

Der Wahlgang wird geöffnet.

Lennard wird mit 12 Ja-Stimmen, keiner Nein-Stimme und keinen Enthaltungen zum Datenschutzbeauftragten gewählt. Er nimmt die Wahl an.

Top 16 Termine

Feo kündigt die für dieses Jahr noch geplanten Bildungsseminare vom 22. – 25.08.24 und 27. – 29.09. an, weitere Informationen dazu würden per Mail kommen. Die Informationen zum Bildungsprogramm des kommenden Jahres würden noch folgen.

Theresa spricht sich für eine Beibehaltung der Telegramgruppe aus, um Terminerinnerungen zu bekommen. Esther kritisiert, dass sich dadurch die Überrepräsentanz von NRW-Gruppen auf Veranstaltungen verstärken könnte. Feo erklärt, dass es bereits eine Austauschgruppe auf Telegram gebe und lädt die Anwesenden dazu ein, in diese Gruppe einzutreten. Lukas spricht sich außerdem für eine Vernetzungsgruppe der einzelnen HSGn aus. Das sei Aufgabe des Vorstands.

Weitere Veranstaltungen sind:

15.-18. Mai: Wohnraumprotestcamp an der Uni Münster vorm Schloss.

Der AStA Flensburg veranstaltet eine MUN Konferenz zu Auswirkungen des Klimawandels, hier wird ein Beitrag von 35 EUR inkl Unterkunft und Vollverpflegung fällig.

28. Juni-1. Juli AfD Parteitag in Essen

Top 17 Sonstiges

Marco erinnert an das Ausfüllen der Fahrtkostenformulare, die im Reader verlinkt sind und daran, Belege an die Anträge zu hängen. Falk fragt, ob eine Person auch die Erstattung für mehrere beantragen kann, was Marco bejaht.

Valentin bedankt sich beim Vorstand und lobt die Diskussionskultur.

Elia lobt die zumindest geplante Vernetzung Gender und sagt, dass they sich auf die weitere Arbeit freue.

Lennard fragt, ob den Delegierten die Fahrtkosten voll oder nur bis 50€ erstattet werden. Marco erklärt, dass die Fahrtkosten bis 50€ übernommen werden.

Top 18 Verabschiedung

Janna und das Präsidium bedanken sich für das Kommen und die Mitarbeit.

Die Sitzung wird geschlossen.